Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1922

13.5.1922 (No. 111)

Visual Library

№ 111 Samstag, den 13. Mai 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 ℳ — Einzelnummer 1.— ℳ — Anzeigengebühr: 1.30 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Amtlicher Teil.

### Ausfuhr nach dem Memelgebiet.

** Vom 1. Juni 1922 ab werden, wie man uns von zuständiger Stelle mitteilt, für die Ausfuhr deutscher Waren nach dem Memelgebiet auf Grund des zwischen dem Deutschen Reich und dem Memelgebiet abgeschlossenen Wirtschaftsvertrages neue Bestimmungen erlassen. Die näheren Anweisungen werden demnächst ergehen.

Es wird jedoch schon jetzt darauf hingewiesen, daß **für alle Sendungen nach dem Memelgebiet vom 1. Juni 1922 ab die Ausfuhrabgabe erhoben werden wird.**

## * Genua.

XVI.

Die Tatsache, daß die Konferenz auch nach Erteilung der russischen Antwort zusammenbleibt, obwohl diese Antwort keineswegs dem Londoner Memorandum vorbehaltlos zustimmt, ist der beste Beweis dafür, daß die übergroße Mehrheit der europäischen Nationen, und zwar auch die osteuropäischen Randstaaten, entschlossen sind, die Konferenz mit praktischen Ergebnissen endigen zu lassen. Dieser Beweis erscheint um so schlagender, als Frankreich nach wie vor abseits steht.

Wie sehr Frankreich mit dieser Haltung den wahren Interessen Europas entgegenwirkt, ergibt sich gerade daraus, daß Staaten, wie Polen und Rumänien, die bekanntlich sonst stark im Fahrwasser der französischen Politik segeln, den Standpunkt der Pariser Regierung ablehnen und sich in dieser Angelegenheit auf die Seite Englands stellen. Inwieweit Frankreich sich durch diesen Umstand und durch die Beobachtung, daß im Notfall die große Mehrheit der europäischen Staaten auch ohne die französische Delegation weitertagen will, zu einer maßvolleren und vernünftigeren Politik bewegen lassen wird, steht im Augenblick noch nicht fest.

Der Pariser Ministerrat hatte ja Barthou darauf festgelegt, von weiteren Verhandlungen mit den Russen Abstand zu nehmen und von ihnen in ihrer Antwort ein klares Ja oder ein klares Nein zu verlangen. Die Russen haben nun weder mit einem Ja, noch mit einem Nein geantwortet, im großen und ganzen allerdings ihre Antwort so eingerichtet, daß es unsinnig und ungerecht wäre, die Verhandlungen mit ihnen abzubrechen. Ja, die Russen haben den nach Lage der Dinge einzig möglichen Vorschlag gemacht, die Beratung des Vertrags, der zwischen der Großen und der Kleinen Entente einerseits und Rußland andererseits abgeschlossen werden soll, einer Kommission zu übertragen. Wie wird sich Frankreich zu diesem Vorschlag stellen? Das ist die Frage.

Was die Aufnahme der russischen Antwortnote bei den führenden Mächten, England und Italien, anlangt, so ist sie im allgemeinen nicht ungünstig gewesen. Man bedauert allerdings, daß die Russen versucht haben, die ganze Erörterung auf das Gebiet historischer Reminiszenzen und propagandistischer Darlegungen hinüberzuspielen, und man lehnt deshalb auch diesen ersten Teil der Antwortnote ab. Es war sonach sehr verfrüht, wenn einzelne Korrespondenten aus Genua melden zu müssen glaubten, gerade dieser Teil der Antwortnote habe auf der Gegenseite tiefen Eindruck hervorgerufen.

Um so mehr beachtet man dagegen den zweiten Teil der Note, in dem man eine geeignete Grundlage zur Fortführung der Verhandlungen erblickt. Daß Rußland bereit ist, die Vorkriegsschulden anzuerkennen und sich zu einer friedlichen Politik bekennt, wird mit Genugtuung begrüßt. Und auch der wichtige Vorschlag, die Weiterberatung einer Kommission zu überlassen, wird im wesentlichen gebilligt. Aus der Art und Weise, wie das geschieht, darf entnommen werden, daß man auf Seiten der Großen und Kleinen Entente grundsätzlich nicht abgeneigt ist, den russischen Wünschen nach Bewilligung von Krediten (Geld- und Sachkrediten) entgegenzukommen. Natürlich verkennt niemand, daß der Weg, der über solche Kommissionsberatungen führt, viel weiter ist, als der einer unmittelbaren Einigung an Ort und Stelle.

Recht schwierig bleibt nach wie vor die Regelung der Grenzfragen in Osteuropa. Und wenn Lloyd George an seiner Absicht, einen Gottesfrieden herbeizuführen, unverrückbar festhält, so will er, wie auch aus gewissen Meldungen aus Genua hervorgeht, doch die Möglichkeit offen lassen, daß die Kommission in der Frage der Grenzregulierungen zu bestimmten Änderungen gelangt. Der Gottesfriede soll demnach, soweit er sich auf die Respektierung der Grenzen bezieht, für Osteuropa nur einstweilen Geltung haben, das heißt, so lange, als die Kommission tagt. Rußland müßte also fürs erste die jetzt bestehenden Grenzen anerkennen. Selbstverständlich wird hiermit eine der kompliziertesten Fragen der europäischen Politik aufgerollt. Die Randstaaten werden mit einer Revision der Verträge, mit einer Abänderung der Grenzen ebenso wenig einverstanden sein, wie Frankreich, das den Präzedenzfall fürchtet und am liebsten alle Friedensverträge unangetastet lassen möchte. Könnte doch sonst auch Deutschland eines Tages die Revision des Friedensvertrags von Versailles verlangen mit dem Hinweis darauf, daß bereits andere Friedensverträge ebenso revidiert worden sind.

Die Hauptsache ist indessen jedoch, daß man in Genua zusammenbleibt, mit dem ernsten Willen, weiter zu verhandeln, und daß der an sich nicht zu bestreitende Wille Rußlands, eine solche Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen, von der übergroßen Mehrheit der europäischen Staaten anerkannt wird.

## Deutschland und die Reparationskommission.

Unter dieser Ueberschrift wird der Reichskorrespondenz „Nord-Süd" von ihrem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Außer den sogenannten „Eisheiligen", die von der meteorologischen Wissenschaft niemals anerkannt worden sind, aber zuweilen eine für Garten und Flur wie für Herz und Sinne sehr empfindliche Rolle spielen, weist dieser sogenannte Wonnemond noch mindestens zwei kritische Tage auf: den 15. und den 31. Mai. Von dem ersteren Termin steht allerdings heute schon fest, daß er glatt vorübergehen wird, denn die 50 Millionen Goldmark, die an diesem Tage fällig werden, liegen zur Zahlung bereit. Dagegen wissen wir seit geraumer Zeit, daß die Auflagen, die uns die Reparationskommission für das Monatsende gemacht hat, unerfüllbar sind, und die Reichsregierung hat das nun in einer Note an den Präsidenten der Kommission, die, vom 9. d. Mts. datiert, tags darauf in Paris übergeben worden ist, ausdrücklich ausgesprochen. Diese Note trägt nicht den Charakter einer endgültigen Antwort, sondern nimmt Bezug auf vorangegangene Besprechungen, aus denen hervorzugehen scheine, daß auch der Kommission daran gelegen sei, gewisse Mißverständnisse über die beiden vorher gewechselten Noten zu beseitigen und durch vertiefte Besprechungen die Lage auch sachlich zu klären. Diesen Zwecken soll also zunächst die neue deutsche Note dienen. Indessen spricht sie schon jetzt die Bitte aus, einige der gestellten Fristen zu verlängern, da es der deutschen Regierung angesichts der Inanspruchnahme mehrerer Regierungsmitglieder durch die Konferenz von Genua nicht möglich gewesen sei, sie einzuhalten. Diese Fristen waren der 30. April für den Vorschlag von Maßnahmen gegen Kapitalflucht und für die Vorlegung eines Entwurfs für die Ausgabe innerer Anleihen, ferner der 31. Mai für die Unabhängigmachung der Reichsbank, für die Wiederveröffentlichung der Vorkriegs-Statistiken über die Wirtschaft und die Finanzen des Reiches und schließlich für die neuen Steuergesetze mit einem Ergebnis von 60 Milliarden Mark.

Positiv wird unter Ziffer 1 der Note betont, daß auch die deutsche Regierung es für grundsätzlich notwendig halte, die gesamten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben ausschließlich aus Steuern und inneren Anleihen ohne Vermehrung der Geldinflation zu decken und die deutsche Regierung erkennt an, daß alsbald weitere Schritte zur Durchführung dieses Grundsatzes getan werden müssen. Andererseits wird es mit Rücksicht auf die Lage der deutschen Wirtschaft und auf die deutschen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande als unumgänglich notwendig bezeichnet, daß erhebliche vom Reich in ausländischer Währung zu leistenden Zahlungen durch äußere Anleihen beschafft werden. Das ist das Kernstück der Antwort und zwar läßt sich der Gedanke, daß wir unseren inneren Haushalt aus eigener Kraft und mit anderen Mitteln, als denen eines uferlosen Banknotendrucks in Ordnung bringen müssen, daß aber die Steuerbelastung nicht so weit gesteigert werden kann, daß sie auch für die Reparationszahlungen ausreicht, daß vielmehr auf diesem Gebiete dem Reich durch auswärtige Anleihen zu Hilfe gekommen werden muß, als das Ergebnis der Konferenz von Genua bezeichnen. Bekanntermaßen ist namentlich auch von englischer Seite nachdrücklich auf diese Notwendigkeit hingewiesen worden und man darf annehmen, daß in den Besprechungen zwischen Lloyd George und den leitenden deutschen Staatsmännern gerade auch diese Verhältnisse erörtert worden sind und daß Lloyd George diesen Grundsatz endgültig in sein Wiederaufbauprogramm aufgenommen hat.

Ist dem so, so haben wir auch Grund zu der Annahme, daß die Note vom 9. Mai im wesentlichen als Grundlage für die weiteren Besprechungen angenommen werden wird, obwohl der Widerhall, den sie in der französischen Presse finden, zunächst nicht übermäßig freundlich ist. (Dafür betrachtet man in amtlichen Kreisen, die der Reparationskommission nahestehen, die Note der Reichsregierung mit nicht unfreundlichen Augen. Red.) Dahin werden wir ja auch wohl nicht so leicht kommen, daß der „Matin" und die ihm gesinnungsverwandten Blätter von irgend einer Erklärung, die aus der Berliner Reichskanzlei komme, vollkommen „befriedigt" wäre, und wir werden uns schon daran genügen lassen müssen, wenn gemäßigtere Blätter eine derartige Kundgebung „befriedigender" finden als ihre Vorgängerinnen und wenn der „Figaro", der die Note in ihrer Gesamtheit als „heimtückische" Herausforderung" bezeichnet, sich damit in einer mehr oder minder glänzenden Vereinsamung befindet, die doch schließlich nicht allen Franzosen auf die Dauer als der politischen Neuzeit letzter Schluß erscheinen dürfte.

Bekanntlich ist die Reparationskommission in ihren Entscheidungen souverän, wenn sie auch nach Artikel 234 des Friedensvertrages ohne besondere Ermächtigung der verschiedenen in der Kommission vertretenen Regierungen auf keinen einmal festgesetzten Betrag verzichten kann. Da Amerika entgegen dem ursprünglichen Plane in der Kommission nicht vertreten ist, ist die Zusammensetzung für uns nicht sonderlich günstig und ihr Vorsitzender Dubois ist ein Mann des starren Rechtes, soweit man eben in diesen Dingen von Recht sprechen kann. Trotzdem aber können wir hoffen, daß die in Genua gereiften wirtschaftlichen Erkenntnisse nicht mehr verloren gehen werden und daß die Meinung, aus der erschöpften Wirtschaft Deutschlands ließen sich Monat für Monat die Reparationszahlungen herauspressen, endgültig in der Versenkung verschwunden ist. Erweist sich diese Hoffnung als begründet, so hat die Konferenz von Genua nicht umsonst getagt.

## Badische Wochenrückblicke.

### Die Wohnungsfrage

bildete neuerdings wieder den Gegenstand lebhafter Erörterungen. So hatte u. a. der Haushaltsausschuß des Landtags sich neulich mit dieser Materie zu befassen. Den Anlaß dazu bot ein Antrag des Vertreters der Hausbesitzer auf sofortige restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, ein Antrag, dem der Ausschuß unmöglich zustimmen konnte, wenn er nicht zugunsten eines Bruchteils der Bevölkerung die Interessen der Volksgesamtheit gefährden wollte. Die Freigabe des Wohnungsmarktes im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Wohnungsnot mit nahezu unverminderter Stärke fortdauert, hieße eine Katastrophe herbeiführen und wäre um so unverständlicher, als wir ja täglich und stündlich die verheerenden Wirkungen der Freigabe des Handels mit Nahrungsmitteln sehen. Die Mieterschaft weiß die Unannehmlichkeiten, die aus der Zwangswirtschaft für manche Hausbesitzer entspringen, wohl zu würdigen — hat doch auch für sie die Zwangswirtschaft gewisse Schattenseiten, vor allem hinsichtlich der Freizügigkeit —; sie drängt aus ureigenstem Interesse auf eine Vermehrung der Bautätigkeit, besonders auf gemeinnütziger Grundlage, und wird sich in der Erkenntnis der Notwendigkeit vermehrter staatlicher Aufwendungen für diesen Zweck wohl oder übel auch mit der Wohnabgabe abfinden müssen, die demnächst von uns verlangt werden wird. Aber sie würde, so lange die gegenwärtige Not besteht, niemals ein Experiment verstehen und gutheißen, das allen Erfahrungen und aller Voraussicht nach die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen müßte. Mit Recht hat ein Abgeordneter bemerkt, daß die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen einen ungeheuren Sturm der Entrüstung entfachen würde. Man kann es nach dem Gesagten nur dankbar begrüßen, wenn der Ausschuß den Antrag der Hausbesitzer in seiner großen Mehrheit (nur zwei Landbündler stimmten für ihn) ablehnte.

Auch der 10. Verbandstag der Gemeinnützigen Bauvereinigungen Badens, der kürzlich im Sitzungssaale des Landtags abgehalten wurde, stand im Zeichen des Kampfes gegen die Wohnungsnot, wobei regierungsseitig die Bedeutung der Baukostenzuschüsse betont wurde, über deren Höhe und Verteilung jüngst ebenfalls im Haushaltsausschuß Aufschluß gegeben worden ist. Aus der Tatsache, daß mit Hilfe der Baukostenzuschüsse bis zum Februar d. J. zwar insgesamt 9800 Wohnungen erstellt wurden, daß dem jedoch ein Bedarf von 26000 neuen Wohnungen gegenübersteht, geht zur Genüge hervor, wie schlimm die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt auch heute noch liegen. Die vorhin schon erwähnte Wohnungsabgabe wurde von dem Referenten über das Thema Wohnungspolitik, Ministerialrat Imhoff vom Arbeitsministerium als unbedingte Notwendigkeit bezeichnet, um die Mieterschutzgesetzgebung aufrecht zu erhalten und der Wohnungsnot zu steuern. Über die Höhe der Abgabe gab er bekannt, daß vom 1. Oktober bis 31. März

15 Prozent der Friedensmiete, dann nicht 50 Prozent, wie das Reich es verlangt, sondern 75 Prozent an Wohnabgabe erhoben werden würden. Näheres darüber wird man ja aus der angekündigten Vorlage ersehen, die dem Landtag demnächst zugehen soll. Daß wir um eine starke Mietserhöhung nicht herumkommen werden, hat auch Arbeitsminister Dr. Engler im Laufe des Verbandstages betont, nicht ohne hinzuzufügen, daß eine solche immer noch besser sei, als sich der freien Wirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens auszuliefern.

Die Frage, ob Flach- oder Hochbau, die vor einiger Zeit schon im Karlsruher Bürgerausschuß Anlaß zu einer lebhaften Debatte gegeben hatte, wurde bei dieser Gelegenheit ebenfalls angeschnitten. Und zwar hat sowohl der Arbeitsminister wie der Ministerialreferent sich in warmen Worten für den Flachbau ausgesprochen. Eigenheim mit Gartenland will Dr. Engler haben; nicht Wohnungen um jeden Preis, sondern auch ein klein bischen Wohnungskultur! Die lebhafte Zustimmung, mit der diese Forderungen aufgenommen wurden, fand später Ausdruck in einer Entschließung, in der der Flachbau eine glückliche Lösung der Wohnungsfrage genannt wird und die im Anschluß daran die Forderung enthält, daß Hochbauten nur ausnahmsweise innerhalb der Städte zugelassen werden, wo Baulücken auszufüllen sind, sowie daß die Regierung auf die Städte einwirken soll, damit sie Baugelände für den Flachbau zur Verfügung stellen und für günstige Fahrgelegenheit der entfernter Wohnenden sorgen. Auch wir sind der Überzeugung, daß dem Verlangen nach Eigenheimen und Gartenland nach Möglichkeit Rechnung getragen werden sollte und daß hier einer der Punkte ist, an denen die körperliche und kulturelle Wiederaufbauarbeit mit Erfolg einsetzen kann. Ebenso verdient auch die Entschließung wegen Erhöhung der staatlichen Baudarlehen wohlwollende Berücksichtigung. Wie weit diese gehen kann, hängt freilich nicht allein vom guten Willen ab. Daß dieser bei Regierung und Landtag in weitestgehendem Maße vorhanden ist, unterliegt jedoch nach allem bisher Geschehenen keinem Zweifel, und man darf darum zuversichtlich hoffen, daß von diesen beiden Seiten alles getan werden wird, was im Rahmen des Möglichen überhaupt geschehen kann. —f.

# Politische Neuigkeiten.

## Die Konferenz von Genua.

### Die russische Note.

Die Note fährt nach der bereits mitgeteilten Einleitung fort mit der **Prüfung der Einleitung des Memorandums**: „Die russische Delegation konstatiert, daß die Einleitung des Memorandums vom 3. Mai die Anschauung glaubhaft zu machen versucht, daß eine längere **wirtschaftliche Isolierung** Rußlands nur ihm selber schaden würde, während das übrige Europa stets ein Mittel finden würde, sich aus seinen wirtschaftlichen Verlegenheiten herauszuhelfen. Der Zweck dieser Behauptung ist offenbar. **Rußland**, welches für seine wirtschaftliche Wiedererstehung der Mitarbeit der übrigen Mächte bedarf, soll allein die Opfer, welche diese Mitarbeit möglich macht, tragen. Diese Behauptung steht im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung, die durch den Mund der sachverständigen Persönlichkeiten und durch wiederholte Kundgebungen der Arbeitermassen wiederholt hat, daß **Rußland durch keinerlei Surrogat ersetzt** werden kann, und daß sein Fehlen auf dem Weltmarkt Verwirrungen schafft, welche abzustellen keinerlei Kunstgriff imstande ist. Der Platz Rußlands kann von niemand anders als von Rußland selbst besetzt werden. Die Isolierung Rußlands hat politische Folgeerscheinungen, die nicht weniger unheilvoll sind, als ihre wirtschaftlichen Folgen. Die Sicherheit Europas und der Weltfrieden verlangen die Beseitigung dieser anormalen Sachlage. Solange Rußland in einer Art von **wirtschaftlicher und politischer Quarantäne** verbleibt, kann dieses Provisorium die militärischen Abenteuer näherer oder entfernterer Nachbarn Rußlands nur begünstigen, welche, indem sie sich die Rolle des „Gendarmen der europäischen Zivilisation" anmaßen, den Frieden zu stören und sich des Gebietes und der Reichtümer Rußlands, sowie der übrigen Sowjetrepubliken zu bemächtigen suchen.

Daher wird die Lösung des russischen Problems auch nicht um Fingers Breite vorwärts kommen, wenn nicht die in Genua versammelten Mächte völlig von der Idee durchdrungen sind, daß die Opfer, welche sie von Rußland verlangen, ihr **Gegenstück in gleichartigen Opfern ihrerseits finden müssen.** In ihrem am 20. April an Lloyd George gerichteten Briefe macht die russische Delegation **bedeutsame Zugeständnisse**, indem sie allerdings gleichzeitig die Frage der der russischen Regierung zu gewährenden Kredite und Anleihen aufrollt.

In der ersten Sitzung des Sachverständigenausschusses hat die russische Delegation den letzteren um eine ins Einzelne gehende Prüfung dieser Frage ersucht. Wie oben bemerkt, hat jedoch der Sachverständigenausschuß diesen Vorschlag zurückgewiesen. Diese Frage, welche für Rußland von so bedeutendem Interesse ist, findet auch in dem Memorandum vom 2. Mai keine Beantwortung. Anstatt Kredite für die russische Regierung vorzuschlagen, zählt die Einleitung des Memorandums diejenigen **Kredite** auf, welche die verschiedenen Regierungen denjenigen ihrer **Staatsangehörigen** zuzugestehen bereit sind, die mit Rußland **Handel** treiben möchten. Diese Frage, so interessant sie auch für die privaten Kaufleute der übrigen Länder sein mag, hat indessen nichts mit der Frage zu tun, wie sie von der russischen Delegation aufgeworfen wurde. Übrigens können eben diese Privatkaufleute und Industriellen diese Kredite nicht in dem erwünschten Umfange nutzbar machen, wenn man nicht der russischen Regierung die erforderlichen Mittel zur Wiederbelebung der produktiven Kräfte des Landes sichert, eine unerläßliche Bedingung für die Handelsbeziehungen von einiger Intensität zwischen Rußland und den übrigen Staaten. Wenn es der russischen Regierung an finanziellen Hilfsmitteln oder an Krediten gebricht, um die Industrie und den Ackerbau wieder zu beleben, um seine Transportmittel wieder instandzusetzen und um unter Beseitigung der Ausgabe des mehr und mehr entarteten Papierrubels eine stabile, den Austausch ermöglichende Währung zu schaffen, so wird ein intensiver **Austausch mit dem Auslande den größten Schwierigkeiten** begegnen. Übrigens können die auf das Wiedererstehen Rußlands abzielenden Maßnahmen nur von der Regierung selber nach einem vorher festgelegten Plan in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Die russische Delegation habe die Absicht, der Konferenz diesen von den kompetenten Männern der Wissenschaft und der Industrie ausgearbeiteten Plan vorzulegen."

In ihren weiteren Ausführungen tritt die russische Delegation sodann auf die Prüfung der Klauseln des Memorandums vom 2. Mai ein. Sie kommt darin hinsichtlich der finanziellen Fragen zu dem Schluß, daß Rußland in keiner Weise gebunden sei, die Schulden der Vergangenheit zu zahlen, Güter zurückzuerstatten oder die vormaligen Eigentümer zu entschädigen und fährt fort:

„Dennoch hat Rußland aus versöhnlicher Gesinnung und um zu einem Einvernehmen mit allen Mächten zu gelangen, das in der dritten Bedingung von **Cannes** enthaltene **Prinzip** unter dem **Vorbehalt der Gegenseitigkeit angenommen.** Übrigens ist die Gegenseitigkeit, d. h. die Verpflichtung für jede Regierung, **Ersatz** für die **Schäden** zu leisten, die in ihrem Staat verursacht worden sind, bestätigt worden in der offiziellen Interpretation, die der dritten Bedingung von Cannes gegeben wurden und wovon bereits in dem ersten russischen Memorandum die Rede war. Unter **Ausschluß der Kriegsschulden**, die einen ganz besonderen Ursprung haben, und durch die Tatsache, daß Rußland die Beteiligung am Kriege aufgegeben, an der Teilung seines Gewinnes nicht teilgenommen hat und somit seine Kosten nicht übernehmen konnte, erloschen waren, hat die russische Delegation sich bereit erklärt, **der Rückzahlung der öffentlichen Schulden** zuzustimmen unter der Bedingung, daß die Rußland durch die Intervention und durch die **Blockade** zugefügten **Schäden anerkannt** würden. In rechtlicher Beziehung sind die russischen Gegenforderungen weit mehr berechtigt als die Ansprüche der fremden Staaten und ihrer Staatsangehörigen. Die Praxis und Lehre sind sich darüber einig, daß die Verantwortlichkeit für die Schäden, die durch das Einschreiten oder die Blockade verursacht worden sind, den Regierungen aufzuerlegen sind, die die Ursache hierzu sind. Um keine anderen Fälle anzuführen, beschränken wir uns darauf, die Entscheidung des Schiedsgerichts von Genf vom 14. September 1872 in Erinnerung zu rufen, die Großbritannien verurteilte, den Vereinigten Staaten 15½ Millionen Dollars zu zahlen für die Schäden, welche letzterem durch das Kaperschiff „**Alabama**" verursacht worden waren, welches im Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten die letzteren unterstützt hatte. Das **Einschreiten** und die **Blockade** der Alliierten und Neutralen gegen Rußland stellt sich als **offizielle Handlung** dar. Die Dokumente, die in der Anlage 2 des ersten russischen Memorandums veröffentlicht worden sind, beweisen klar, daß die **Leiter der gegenrevolutionären Armee nur vorgeschoben** worden waren und daß ihre **wirklichen Befehlshaber Ausländer gewesen waren, die zu diesem Zwecke besonders von gewissen Mächten entsandt** wurden. **Diese Mächte haben nicht nur direkten Anteil an dem Bürgerkrieg genommen**, sondern **sie haben ihn auch verursacht.** Aber in dem Wunsche, eine praktische Einigung zu erzielen, ist die russische Delegation in Verfolg der Unterredungen, die in der Villa d'Alberti stattgefunden haben, auf den Weg der weitgehendsten Konzessionen eingetreten und hat sich bereit erklärt, **bedingungsweise** auf **ihre Gegenforderungen zu verzichten** und die Verpflichtungen **der vergangenen** Regierungen anzuerkennen im Austausch für eine Reihe von Konzessionen der Mächte, deren wichtigste die **Zurverfügungstellung realer Kredite** bis zum Betrage einer im Voraus festzusetzenden Summe an Rußland ist. Unglücklicherweise ist diese Verpflichtung der Mächte nicht eingehalten worden. Das **Memorandum sagt nichts von den endgültigen Krediten, die die Signatarmächte bereit wären, der russischen Regierung zu gewähren, und der Kredite, die sie besprechen, ihren Untertanen zu gewähren, um in Rußland Handel zu treiben.** Diese Kredite haben nur **fakultativen Charakter.** In gleicher Weise läßt das Memorandum die Frage der **Kriegsschulden** vollkommen offen, deren Annullierung eine der Bedingungen für den Verzicht Rußlands auf seine Gegenforderungen war. Das Memorandum stellt im Gegensatz zu dem Memorandum von London das Moratorium und die Annullierung der Zinsen der Vorkriegsschulden in gleicher Weise zur Diskussion, indem es die endgültige Entscheidung dieser Frage der Zuständigkeit eines Schiedsgerichts überweist, anstatt in dem Vertrag selbst festzulegen.

In gleicher Weise erkennen die Unterzeichner des Memorandums an, daß sie sich von ihren Verpflichtungen loslösen, wenn die Gegenpartei gleichfalls ihrer Verpflichtungen entbunden ist. Auf diese Weise sind die mühevollen Besprechungen, die zu der Übereinstimmung von Villa d'Alberti geführt haben, zunichte gemacht worden. Die russische Delegation will nicht diejenigen Mächte ausfindig machen, auf die dafür die Verantwortung fällt; aber in jedem Fall ist es nicht Rußland. Die Besprechungen sind noch schwieriger gemacht durch die **Hartnäckigkeit gewisser Staaten**, durch den Artikel 7 Verpflichtungen, die im Gegensatz zu seinem sozialen System und dem Artikel 1 der Resolution von Cannes stehen, aufzuerlegen."

Die Note behandelt dann die privaten Interessen und bringt schließlich folgende Schlußfolgerungen und Vorschläge:

„Die russische Regierung hat durch ihre Vertreter auf der Konferenz von Genua gezeigt, daß sie bereit ist, mit anderen Staaten zu einer **Einigung** zu gelangen, welche nicht zu einer **Erschwerung**, sondern zu einer **Erleichterung** der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Rußlands führen und gleichzeitig den Weg zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Europas frei machen würde. Aber dieses Ziel setzt voraus, daß die fremden Staaten, welche die bewaffneten Interventionen in Rußland organisiert haben, darauf **verzichten**, zu Rußland im Ton eines Siegers gegenüber einem Besiegten zu sprechen. Rußland ist **nicht besiegt worden.** Die einzige Tonart, welche zu einem gemeinsamen Abkommen führen könnte, wäre diejenige, die unter Mächten, die miteinander auf dem Fuße der **Gleichberechtigung** verhandeln, üblich ist. Rußland ist, um zu einer Einigung zu gelangen, **bereit, den fremden Staaten ernsthafte Konzessionen** zu machen, aber durchaus nur **unter der Bedingung, daß diese Konzessionen gleichwertigen Konzessionen des anderen Teiles zugunsten des russischen Volkes entsprechen.** Das russische Volk würde **kein Abkommen annehmen** können, in welchem nicht **die Konzessionen** durch **wirkliche Vorteile aufgehoben würden.** Ein anderer, durch die Schwierigkeiten der Situation nahegelegter Ausweg wäre eine **gegenseitige Annullierung** der aus der Vergangenheit zwischen Rußland und den anderen Staaten entspringenden Ansprüche und Gegenansprüche. Aber auch in diesem Falle ist die russische Regierung noch entschlossen, die Interessen der **Kleinbesitzer** zu **achten.**

Falls aber die Mächte sich doch noch mit der Lösung der zwischen ihnen und Rußland anhängigen finanziellen Streitpunkte beschäftigen wollen, so könnte, da diese Frage ein gründliches Studium der an Rußland gerichteten Ansprüche und eine gerechtere Erwägung der Rußland zu gewährenden verfügbaren Kredite erfordert, diese Aufgabe **einem von der Konferenz ernannten gemischten Sachverständigenausschuß** übertragen werden, dessen Arbeit zu einer Zeit und an einem

---

# Hellsehen.

Angenommen, alles, was ist, habe die Gestalt eines Kreises. Dann kommt dem Umfang des menschlichen Wissens, im Vergleich dazu, ein kaum sichtbarer Ausschnitt dieses Kreises, ein Segment von ganz minimaler Größe zu. Diese Größe wächst natürlich im Laufe der kulturellen Entwicklung, aber es ist platte Anmaßung, zu behaupten, die Wissenschaften besäßen schon in ihrer gegenwärtigen Form hinreichende Möglichkeiten für die Erkenntnis des Lebens. Denn das Meiste dieses Lebens ist noch verborgen, oder, wie es mit einem vielfach mißverstandenen Fremdwort genannt wird, okkult. Menschen, die sich auf die Gebiete des Verborgenen hinauswagen, heißen Okkultisten. Da sie sich dabei nicht auf feststehende Erfahrungsgrundsätze stützen können, sind sie stark auf ihr eigenes Empfinden, eigenes Erleben angewiesen. Infolgedessen eignet ihren Meinungen und Behauptungen oft eine Subjektivität, die sie gegen die auf feststehenden Erfahrungsgrundsätzen beruhenden Wissenschaften im Nachteil erscheinen läßt, und sie hinsichtlich ihrer Tätigkeit wie ihrer Wirkung mit mehr oder weniger berechtigten Zweifeln belastet.

Aber vieles, was heute allgemeine Gültigkeit besitzt, war vor nicht allzu ferner Zeit noch okkult und wurde, erstmalig behauptet, ebenso angezweifelt wie das, was die Okkultisten heute als eigene Erfahrung ausgeben. Wie ehedem beispielsweise Hypnose und Magnetismus angezweifelt wurden, so geht es heutigentages etwa mit dem Hellsehen. Und genau wie damals handelt es sich hier um Phänomene, die fast jeder einmal, wenn auch unbewußt, an sich selber oder an seiner Umgebung erfahren hat.

Das Hellsehen erklären maßgebende okkultistische Kreise als einen rein psychischen Vorgang, der auf das Vorhandensein feinerer Sinne, als die körperlichen sind, hindeutet. Es gibt zwar, so lautet eine okkultistische Formulierung, nichts Übernatürliches, aber es gibt etwas Übersinnliches, etwas, das mit den groben physischen Sinnen nicht wahrzunehmen, dafür aber gewissen psychischen Wahrnehmungen zugänglich ist, nämlich die seelischen Ausströmungen des Einzelnen, die auch jedes Ding belasten, das zu ihm in irgendwelcher Beziehung steht, und so aufs weiteste verzweigt erscheinen. Die Wahrnehmungsmöglichkeit dieser unsichtbaren, ungreifbaren Auswirkungen liegen in jedem Menschen, sie bedürfen nur der Schulung, um arbeiten zu können. Und sie arbeiten umso besser, je mehr dabei die physischen Sinne ausgeschaltet sind. Damit wird zweifellos gesagt, daß ein besonderer Zustand nötig ist, um auf die angedeutete Weise Wahrnehmungen zu machen. Die höchste Steigerung dieses Zustandes wird Somnambulismus genannt.

Es ist nun eine Eigenart der okkultistischen Methode, daß sie ethische Momente heranzieht. So läuft auch die Erklärung des Hellsehens bei ihnen auf eine ethische Formulierung hinaus. Die Okkultisten setzen eine Seele in jedem Menschen voraus und nennen den Mittelpunkt derselben den strahlenden Geisteskern. Um diesen schließt sich eine feinstoffliche Hülle, die eigentliche Seele, deren Zustand in dauerndem Wechsel begriffen ist. Die äußere Hülle wird vom Körper gebildet. Der Zustand der inneren Hülle, der Seele, wird nun vom Leben des einzelnen beeinflußt. Je reiner dieses Leben ist, um so durchlässiger ist die seelische Hülle für den strahlenden Geisteskern. Je mehr andererseits der Mensch seinen grobstofflichen, materiellen Lüsten unterworfen ist, um so dunkler wird die Hülle sein, um so weniger wird das innere Licht sich bemerkbar machen können. Diese charakteristischen Erscheinungen können wohl in der sichtbaren Welt verborgen bleiben, in der unsichtbaren sind sie dem geschulten, hellsehenden Empfinden sofort erkenntlich. Und nun die ethischen Konsequenzen: je mehr Ordnung der Mensch in seinem Leben hat, je ethischer seine Haltung ist, um so stärker werden seine inneren Fähigkeiten sich auswirken, um so leichter wird es ihm fallen, hell zu sehen, wobei unter Sehen auch andere Sinneswahrnehmungen begriffen werden. Die erwähnte Schulung dieser übersinnlichen Wahrnehmung geht also mit einer ethischen Selbsterziehung Hand in Hand, und es ist nicht zu bestreiten, daß diese Auffassung sich vielfach mit derjenigen der christlichen Kirche deckt.

Das Hellsehen äußert sich nun auf verschiedene Weise. Es erstreckt sich nicht nur auf das sogenannte Gedankenlesen, sondern auch auf die Feststellung persönlicher Umstände anwesender oder nicht anwesender Personen ohne Rücksicht auf Ort und Zeit. Bekanntlich haben hellseherische Experimente auf den Gebieten der medizinischen Diagnostik und der Kriminalistik schon zu Erfolgen geführt. Dieser Verschiedenartigkeit in Bezug auf den Gegenstand entspricht eine Vielartigkeit in Bezug auf die Form. So gibt es unter anderem neben dem Hellsehen von Tatsachen ein solches in Symbolen, deren Deutung der Geschicklichkeit des Mediums überlassen ist. Jedenfalls ist das Gebiet so umfangreich, daß schon darin seine Bedeutung zu erkennen ist.

Wie in allen großen Städten, haben sich auch in Kassel Kreise von Interessenten gebildet, und dort ist es in erster Linie der von ernsthaften okkultistischen Autoritäten geprüfte Herr Max Moecke, der sich mit Vorträgen und Experimentalsitzungen betätigt. Gelegentlich eines solchen Vortrages, der informierende Aufklärungen über das Wesen des Okkultismus und im allgemeinen und das Hellsehen im besonderen bot, brachte Herr Moecke einige zunächst in der Tat verblüffende Experimente zur Ausführung. Ein Herr, dessen skeptische Haltung nichts zu wünschen übrig ließ, gab ihm sein Taschenmesser. Auf Grund des somit hergestellten Kontaktes war Herr Moecke in der Lage, dem Herrn eine bestimmte Krankheit, die derselbe vor Jahren gehabt hat, infolge inneren Schauens mit allen Einzelheiten des Verlaufs zu beschreiben, einschließlich zutreffender Hinweise auf die damalige Umgebung und berufliche Tätigkeit des Patienten. Er konnte außerdem bestimmte Angaben über den Charakter, die Lebensanschauung und das Traumleben des Herrn machen und ebenso bestimmte Vorgänge aus der Jugend und den Familienverhältnissen kennzeichnen. Einer Dame wußte Herr Moecke durch den Kontakt einer überreichten Photographie den Krankheitsverlauf eines nicht anwesenden Verwandten in charakteristischen Details anzugeben. Und nicht ohne Kontakt beschrieb er einer anderen Dame die Krankheit, den Charakter u. die Umgebung einer nicht anwesenden Verwandten mit solcher Deutlichkeit, daß in diesem wie in den anderen Fällen die Betreffenden aus ihrem Erstaunen über die Richtigkeit der Aussagen, die übrigens jedesmal stenographisch protokolliert wurden, kein Hehl machen konnten.

Da diese Experimentalabende fortgesetzt werden und in ihnen jeder Teilnehmer zum Wort gelangen kann, dürfte es sich hier um so weniger um eine der nur allzu bekannten Gimpelfängereien handeln, als weder Tamtam dafür geschlagen, noch sonstwie auf den Geldbeutel der Leichtgläubigen spekuliert wird. Andererseits bieten die geschilderten Experimente natürlich noch keinen Anlaß, mit fliegenden Fahnen ins okkultistische Lager überzugehen; denn ihre Einschätzung kann nicht vom unmittelbaren Eindruck allein abhängig gemacht werden. Daß es Dinge gibt, von denen die Schulweisheit sich nicht träumen läßt, ist ohnehin ein Gemeinplatz, und nicht weniger fest steht die Tatsache, daß die menschliche Forschung noch unendlich vieles ans Licht fördern wird, was einstweilen noch im Dunkeln liegt. Deshalb wäre es aber auch verkehrt, den keineswegs immer durch Schwärmerei beeinflußten Willen und den Ernst der Okkultisten grundsätzlich in Frage zu stellen, nur weil sie in ihren Folgerungen über die Erfahrung hinausgehen. Wer etwas erreichen will, muß ein Ziel haben. Ein Ziel aber liegt immer fern dem Punkt des Ausgangs und sieht, wenn es erreicht ist, immer anders aus, als es geschienen hat. Das okkultistische Ziel, auf der Grundlage des Glaubens an Gott, Seele und die Natürlichkeit aller Dinge dem Verborgenen immer neue Tatsachen des Lebens zu entreißen, ist zweifellos ernsthafter Beachtung wert und um so mehr, als die Okkultisten es unbedingt ablehnen, mit reisenden Propheten und Willensakrobaten, die gegenwärtig mit so großem Erfolg auf die Dummheit der Massen spekulieren, in einen Topf geworfen zu werden.

Willi Scheller.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Orte beginnen würde, welche durch gemeinsame Abkommen zu bestimmen wäre. Die russische Delegation stellt fest, daß das große Hindernis, welches den Fortgang der Konferenz bisher gehemmt hat, auf dem Umstand beruht, daß die oft ausgesprochene Idee der Gegenseitigkeit noch immer nicht von allen Mächten hinreichend geteilt wird. Die russische Delegation kann jedoch nicht umhin, zu betonen, daß die Besprechungen, welche stattgefunden haben, einer **engeren Annäherung zwischen Sowjetrußland und den fremden Mächten** den Weg geebnet haben. Die **russische** Delegation gibt daher der Ansicht Ausdruck, daß die bei der Lösung der zwischen ihr und den fremden Mächten anhängigen finanziellen Schwierigkeiten hervorgerufenen Meinungsverschiedenheiten **nicht hindern** dürfen, daß die anderen **alle Länder interessierenden Probleme** zu allererst für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und Rußlands und die Festigung des Friedens in Genua **gelöst** werden können und müssen. Rußland ist auf die Konferenz mit versöhnlichen Absichten gekommen und gibt sich auch weiterhin der Hoffnung hin, daß sein Streben in dieser Hinsicht von Erfolg gekrönt sein wird."

## Tagung des Völkerbundes.

Aus Genf wird vom Donnerstag gemeldet:

Der **Völkerbundsrat** eröffnet heute in geheimer Sitzung seine 18. Tagung. Den Vorsitz führt der Vertreter Spaniens, Quinones de Léon. Der wichtigste Verhandlungsgegenstand dieser Sitzung war die Frage des **englischen Mandats über Palästina.** Lord Balfour verlangte, daß diese Frage auf die gegenwärtige Tagesordnung gesetzt werde, damit der Rat das Großbritannien anvertraute Mandat bestätigen könne, das übrigens gesetzlich erst nach Ratifizierung des Vertrages von Sevres in Kraft treten würde. Die Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten über die Mandatsfrage sind bereits, wie Balfour mitteilte, beendet. Amerika widersetze sich nicht dem englischen Mandat, sondern fordere nur, falls dieses Mandat erlischt, die Wiederherstellung der Kapitulationen Palästinas. Der Vertreter Englands rechtfertigte schließlich eine Lösung der Mandatsfrage mit der schwierigen Lage Palästinas und der Möglichkeit von Unruhen. Der Rat beschloß, die Entscheidung darüber, ob er sich auf dieser Tagung mit der Bestätigung des englischen Mandats befassen solle, bis kommenden Samstag zu verschieben und erledigte hierauf einige Verwaltungsfragen von untergeordneter Bedeutung. Morgen Nachmittag wird der Völkerbundsrat in die Besprechung der **zahlreichen Danziger Angelegenheiten** eintreten, die auf seiner Tagesordnung stehen und ihn wahrscheinlich bis nächsten Mittwoch beschäftigen werden. Berichterstattung für die Danziger Fragen ist diesmal der Präsident des Rates, der spanische Vertreter Quinones de Léon, Botschafter in Paris. Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, General Haking und der diplomatische Vertreter Polens in der freien Stadt, Pluczinski, trafen gestern hier ein, um den Beratungen beizuwohnen. Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. **Sahm,** weilt bereits seit vorgestern mit Senator Schümmer und Regierungsrat Dr. Färber in Genf, nachdem er dem schweizerischen Bundespräsidenten Dr. Haas in Bern einen offiziellen Besuch abgestattet hatte, um ihm für die Gastfreundschaft zu danken, die nun bereits seit geraumer Zeit den Danziger Vertretern anläßlich der jetzigen Verhandlungen gewährt wurde.

## Deutscher Reichstag.

Im Reichstag kamen gestern zunächst Anfragen zur Erledigung.

Abg. Dr. **Herzfeld** (Komm.) fragt nach dem Erlaß eines **Amnestiegesetzes.** Ein Regierungsvertreter erwidert, daß diese Frage erst erörtert werden könne, wenn im Laufe des Juni die Nachprüfung der Urteile beendet sein werde.

Auf eine Anfrage des Abg. **v. Schoch** (D. Vp.) wegen **Überfalles** auf eine Frau Zehrt in Freiendietz **durch einen Marokkaner** wird erwidert, daß der Täter noch nicht ermittelt sei.

Auf eine Anfrage desselben Abgeordneten wegen **Ermordung des Bauunternehmers Küster** aus Wahn **durch einen Franzosen** wird entgegnet, daß über die Ermittelungen bisher noch nichts bekannt geworden sei.

Auf eine Frage des Abg. **Graeff**-Thüringen (Dn.V.) wegen der großen Anzahl **von Juden unter den deutschen Vertretern in Genua** wird erwidert, daß bei der Auswahl der Herren die Religion und die Rassenzugehörigkeit des einzelnen nicht geprüft worden sei.

Abg. Dr. **Most** (Dt.Vp.) fragt an, wegen der **Erschießung eines 14jährigen Mädchens durch Belgier in Duisburg.**

Von seiten der Regierung wird erwidert, es handle sich um die Tochter eines Wirtes. Einem **belgischen Soldaten** sei beim Besuch einer Wirtschaft ordnungsgemäß die **Verabreichung eines Cognacs verweigert worden.** Dadurch sei ein Streit entstanden, in dessen Verlauf der Soldat von der noch **nicht 14jährigen Tochter** des Wirtes Ausweispapiere verlangte. Da das Mädchen solche noch nicht besaß, sei es **von dem Belgier niedergeschossen worden und nach elfwöchigem Krankenlager gestorben.** Der Täter soll kriegsgerichtlich zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden sein. Die **Entschädigungsforderung** würde weiter **verfolgt.**

**Die** zweite Beratung des **Etats des Reichsverkehrsministeriums** wird darauf fortgesetzt.

Abg. Dr. **Quessel** (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie werde unter keinen Umständen die Reichseisenbahn einer Aktiengesellschaft von Privatkapitalisten ausliefern, selbst wenn sie nach ihrem vollen Werte bezahlt werden würde. Der Reichsverband der Industrie verlange aber in seiner Denkschrift die Reichsbahnen geradezu geschenkt. Der Übelstand bei der Eisenbahn, um den sich alles drehe, sei der übergroße Verbrauch von Material und Personal. Technische Verbesserungen müßten den Kohlen- und Ölverbrauch herabmindern. Die kommunistischen Redensarten von den gepeinigten Lohnsklaven der Eisenbahn würden schon dadurch widerlegt, **daß von Ostern bis Pfingsten 100 Milliarden zur Aufbesserung der Beamtengehälter bewilligt seien.** Mehr könne man den Steuerzahlern nicht zumuten, **was** den **Personalabbau** anlange, so dürfe er nicht nur auf die Arbeiterschaft beschränkt werden, sondern es müsse auch bei den Beamten unter voller Wahrung der erworbenen Beamtenrechte ein ehrlicher Abbau mindestens um die Zahl der jährlichen Pensionäre und Todesfälle erfolgen. An dem gesetzlichen Achtstundentag müsse unbedingt festgehalten werden.

**Verkehrsminister Gröner** betont nochmals, daß das finanzielle Ergebnis der Reichseisenbahnen in diesem Jahre wesentlich günstiger als im Vorjahre sei. Vorbereitungen für die Abwendung einer Streiks bei der Eisenbahn würden mit aller Energie betrieben. Übrigens sei die Eisenbahn an dem Aktienkapital der Schlafwagengesellschaft stark beteiligt. Außerdem beschaffe sie auch reichseigene Schlafwagen. Das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie nehme er sehr ernst. Das Beschaffungswesen werde nur dort zentralisiert, wo man neutralisierten Lieferungsorganisationen gegenüberstehe. Neue Reichsbahnen würden zurzeit nicht gebaut, vielmehr nur die von den Ländern begonnenen Bauten vollendet. Der Löwenanteil dieser Bauten falle auf Bayern. Neue Disziplinarverfahren aus Anlaß des Streiks würden nicht mehr eingeleitet werden.

Nach Ausführungen der Abgg. Geisler (D.Vp.), **Breunig** (U.S.), **Seibert** (D.Vp.) und **Bartz** (Komm.) schließt die Generaldebatte.

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Angenommen werden eine **Entschließung** der Unabhängigen auf Vermehrung der **Fürsorge für erhöhte Betriebssicherheit im Interesse des reisenden Publikums,** eine Entschließung des Zentrums, **Lieferungsverträge möglichst auf der Grundlage der gleitenden Preise** abzuschließen, und die Ausschußentschließung über die Einführung des Vorortsverkehrs in den Industriegebieten. Eine Anregung des Abg. **Koch** (Soz.), Kinderfahrkarten bis zum 14. Lebensjahr auszugeben und bis zum sechsten Lebensjahre freie Fahrt zu gewähren, wird dem Hauptausschuß überwiesen.

In der anschließenden Spezialberatung bringen die einzelnen Redner lokale Wünsche über Bahnbauten vor.

An den Hauptausschuß zurückverwiesen werden die Anträge des Bildungsausschusses um Fahrpreisermäßigung für gewisse Zwecke, die der Fortbildung dienen.

Damit ist der Eisenbahnetat erledigt.

Samstag 12 Uhr: Postetat.

## Ein weiterer Ergänzungsetat.

Dem **Reichstag** ist jetzt die zweite Ergänzung zum **Haushalt des Friedensvertrags von 1922** zugegangen. Der Haushalt ist abermals umgestaltet worden und es ist dabei die Gelegenheit benutzt worden, für die Veranschlagung der in ausländischen **Devisen** abzulösenden Verpflichtungen wegen der inzwischen eingetretenen weiteren Geldentwertung **statt des bisherigen Umrechnungsverhältnisses von 45 Papiermark für eine Goldmark** einen **Umrechnungskurs von 1 zu 70** zugrunde zu legen. Der Haushalt schließt im ordentlichen Etat mit Einnahmen von insgesamt 163,2 Milliarden ab. 16,5 Milliarden Mark sind dabei als Überschuß des ordentlichen Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung eingestellt, 146,7 Milliarden müssen durch Anleihe, also durch Vermehrung der schwebenden Schuld, beschafft werden. Der außerordentliche Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages schließt mit 63,3 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben, die sämtlich durch Vermehrung der schwebenden Schuld aufgebracht werden müssen. Insgesamt erfordert der Haushalt also 226,5 Milliarden Mark Zuschuß, von denen **210 Milliarden Mark auf Anleihe** gehen. Im übrigen Etat sind die Reparationsleistungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 eingesetzt mit 720 Millionen Goldmark Barleistungen und 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen. Die Barleistungen erscheinen mit 50,4 Milliarden Papiermark, die Sachleistungen mit 101,5 Milliarden Papiermark im Haushalt, darunter 5 Milliarden Papiermark für Reparationsviehlieferung. Hierzu kommen noch im außerordentlichen Haushalt 10 Milliarden Mark für Rück- und Ersatzlieferungen von lebenden Tieren, die nicht auf Reparationskonto gehen, ferner weitere Rück- und Ersatzlieferungen auf Grund des Artikels 238 des Friedensvertrages in Höhe von 3,25 Milliarden Papiermark. Das Ausgleichsverfahren erfordert einen Aufwand von 32 Milliarden Papiermark. Der früher in Höhe von 15 Milliarden Papiermark vorgesehene allgemeine Posten für nicht näher bezeichnete Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages ist jetzt auf 10 Milliarden Mark ermäßigt.

## Ein Hochverräter und Fälscher.

In Berlin wurde ein politischer Betrüger **Anspach** festgenommen, der der Entente gefälschtes Material gegen Deutschland lieferte. Wie eine Berliner Korrespondenz zu berichten weiß, ist einer der Hauptbetrogenen der ehemalige **französische Kriegsminister** Lefèvre, dem Anspach namentlich eine Fülle **aus freiester Erfindung aufgestellten „Materials"** über die **deutsche Schutzpolizei** lieferte. All dieses gefälschte Material erhielt der Korrespondenz zufolge Lefèvre bei **persönlichen Besuchen,** die Ansp ach **zweimal** in **Paris** machte. Neben der Schutzpolizei bearbeitete der Fälscher in ähnlicher Weise auch den **Reichswasserschutz** und seine Organisation. Die Unterlagen dafür schöpfte er aus jedermann zugänglichen Schriften und Büchern, **frisierte aber das tatsächliche Material durch Übertreibungen,** eigene Zusätze und Kommentare usw. auf Aktenbogen mit Stempeln und Aktenzeichen als **Geheimberichte** und dergl., so daß es für die Entente brauchbar war. Ebenso lieferte er **Listen** über angebliche überzählige **Offiziere** der Reichswehr. Angaben über Mobilmachungspläne des Reichswehrministeriums und anderes mehr.

Neben den Franzosen waren die Hauptabnehmer des Fälschers **die Polen,** die sich besonders auch für **wirtschaftliches** Material interessierten. Auf wirtschaftlichem Gebiete lieferte Anspach auch für die **Amerikaner** allerlei Material. Alle diese Fälschungen spielten der Korrespondenz zufolge **eine erhebliche Rolle bei den ausländischen Kontrollkommissionen.**

Wie die Blätter mitteilen, erklärte **Anspach,** der **Beweggrund** für seine Taten sei nicht Geldgewinn, sondern **Befriedigung seines Machtkitzels** gewesen. Er habe sich wiederholt gerühmt, der **eigentliche Leiter der deutschen Außenpolitik** zu sein. Mit **großer Befriedigung habe es ihn ebenfalls erfüllt, wenn er die Wirkung einer Fälschung in den diplomatischen Verhandlungen gelesen habe.** Wenn er in einzelnen Fällen kein Material habe liefern können, so sei **er von Ententeseite geradezu gebeten worden,** etwas zu erfinden. So habe er den **Auftrag** erhalten, **den Verbleib der sieben deutschen weittragenden Geschütze zu ermitteln.** Er habe erklärt, dies sei unmöglich, weil die Geschütze gesprengt worden seien. Daraufhin habe man ihn aufgefordert, wenigstens die **Konstruktionspläne** zu liefern.

Anspach ist gestern vormittag dem Untersuchungsrichter des Landgerichts I übergeben worden. Die Annahme, daß der Fälscher sich auch innerpolitisch betätigt hat, bestätigt sich. Er hat sowohl für die USPD. Berichte aus dem kommunistischen Lager, als auch umgekehrt für die Kommunisten aus der USPD. angefertigt. Eine weitere Spezialität Anspachs war die Fälschung von Einfuhrbewilligungen, wegen der noch ein zweites Verfahren unter der Rubrik „Heilemann und Genossen" bei dem Berliner Landgericht I schwebt.

## Kurze polit. Nachrichten.

**Die oberschlesischen Übergabeverhandlungen.** Aus Oppeln meldet das W.T.-B. vom Freitag: Heute fand unter dem Vorsitz des Generals Le Rond die Vollsitzung der deutschen Delegation mit der polnischen statt. In dieser Sitzung wurde bekannt gegeben, daß die Unterkommissionen in allen wesentlichen Punkten des ersten Teiles der Bedingungen für die Übergabe zu einer Einigung gelangt sind. Darauf überreichte General Le Rond den beiden Bevollmächtigten den 2. Teil der Übergabebedingungen, welche die Post- und Eisenbahnverwaltung, die Güterverwaltung, das Staatseigentum usw. behandeln. Die nächste Vollsitzung soll am 18. Mai stattfinden.

**Wiederaufnahme der Kriegsbeschuldigtenprozesse.** Das Reichsgericht hat zum 28. Juli für die Fortführung der Kriegsbeschuldigtenprozesse Termin anberaumt. Das erste Verfahren richtet sich gegen den Arzt Dr. Michelsohn aus Berlin, der auf Grund der französischen Auslieferungsliste der Gefangenenmißhandlung verdächtig erscheint. Dr. Michelsohn soll als leitender Arzt des Lazaretts in Effry und anderer Lazarette französische Gefangene mißhandelt haben. Außer mehreren deutschen Zeugen sind zu dem anberaumten Termin 14 französische Zeugen geladen. Die Verhandlungen werden einige Tage dauern.

**Das Räuberwesen in Oberschlesien.** In der vergangenen Nacht hauste, so wird unterm 12. aus Antonienhütte berichtet, die immer noch nicht unschädlich gemachte Räuberbande in **Neudorf.** Eine große Anzahl von Geschäften wurden **ausgeplündert und die Inhaber der Geschäfte ihrer Habe beraubt.** Die **Gemeindewache** hatte zwar dreimal die Banditen zurückgeschlagen, mußte sich dann aber zurückziehen, als die **Zahl der Verbrecher immer größer wurde. Neben** einer großen Anzahl von **Handgranaten** führte die Bande auch **zwei Maschinengewehre mit sich.** Auf Seiten der Gemeindewache sollen sieben Personen als verwundet gezählt worden sein. Ein Angriff auf Bielschwiecz wurde von der dortigen Gemeindewache zurückgeschlagen. Die Bande hatte sich darauf in den Wald von Halemba zurückgezogen. Nach Schätzungen der an dem Abwehrkampf beteiligten Personen wird die Bande gegenwärtig auf 200 Mann geschätzt. Sie sollen außer mit Gewehren und der dazu gehörigen Munition mit Handgranaten und reichlich mit Maschinengewehren nebst Munition ausgerüstet sein.

# Badische Uebersicht.

## Badischer Landtag.

DZ. **Karlsruhe,** 12. Mai.

(Schluß des Sitzungsberichts.)

Nachdem die Kultusforderungen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie und in Abwesenheit der äußersten Linken bewilligt waren, gab zur Frage der **Lehrerbildung** Abg. Dr. **Föhr** für das Zentrum die Erklärung ab, daß es dazu erst Stellung nehmen werde, wenn die angekündigte Denkschrift vorliegt. Diese möge sich auch darüber äußern, wie dem § 34 des gegenwärtigen Schulgesetzes entsprochen und die Vorbildung der Lehrerschaft zur Erteilung des Religionsunterrichtes geregelt werden soll. Das Zentrum habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es einem Schulgesetz, das die Rechte auf den Religionsunterricht mindert oder gar beseitigt, seine Zustimmung versagen müßte, so auch dem Reichsschulgesetzentwurf, wenn es nicht gelingen sollte, die konfessionelle Schule den übrigen Schularten gleichzustellen. Das Zentrum wird einen bedauerlicherweise aufgezwungenen Schulkampf aufnehmen.

Eine Reihe von Positionen wurden ohne Debatte gutgeheißen.

Abg. Frau **Bernays** (D. Vp.) äußerte Wünsche zum Mädchenbildungswesen und gab Anregungen für die Organisation der Frauenschulen.

Abg. **Amann** (Zentr.) betonte das erzieherische Moment an den Gewerbe- und Fachschulen.

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.) erinnerte in dieser Beziehung auf den Antrag seiner Fraktion betreffend den Religionsunterricht. Gegenüber den öfters wiederholten Schulausflügen und Turnausmärschen hob der Redner hervor, daß erste und oberste Aufgabe der höheren Schulen die Vermittlung eines guten Schulsacks sei.

Abg. **Hofheinz** (Dem.): Auch die körperliche Ertüchtigung muß heute Ziel der Schule sein.

Abg. Dr. **Zehnter** (Zentr.) stimmte dem bei; nur müsse das richtige Maß eingehalten werden.

Staatspräsident Dr. **Hummel:** Die Unterrichtsverwaltung befindet sich keineswegs in leichter Lage. Auf der einen Seite fast der einmütige Ansturm von Parteien und Presse auf sportliche Betätigung, auf der anderen Seite der innere Widerstand der Eltern. Es ist also unsere Aufgabe, die richtige Mitte zu finden. Wir müssen heute mehr Nachdruck auf die körperliche Ertüchtigung legen. Die Schule kann sich dieser Pflicht nicht entziehen. Mißbräuchen, insbesondere der Verwendung von zu viel Zeit zum Schaden der wissenschaftlichen Leistungen, werden wir nur auf dem Wege der Inspektion begegnen können. Bei entsprechenden Berichten der Inspektoren wird es Sache der Unterrichtsverwaltung sein, einzugreifen. Der Minister verwies auf einen Erlaß vom April 1919 betreffend die Pflege der Leibesübungen, um schließlich festzustellen, daß er die gestrige Kritik an der Schulstatistik nicht teilen könne. Diese diene einem wissenschaftlichen Zweck und werde im Einverständnis der Eltern vorgenommen.

Abg. **Großhans** (Soz.) äußerte sich über die Bedeutung des Sports und freut sich über den Wandertrieb, der die Liebe zur Natur stärke. Scharfe Worte fand der Redner gegen die Auswüchse, namentlich gegen die Boxerei (die ein Sport der Kannibalen sei) und das übertriebene Fußballspiel. Er empfahl nachdrücklich die Rückkehr zum gesunden deutschen Geräteturnen. Die Turn- und Sportorganisationen, einerlei welcher Partei sie angehören, müssen durch staatliche Mittel unterstützt werden. Baden sollte sich hier an Württemberg und Bayern ein Beispiel nehmen. Die Zentralorganisation für Spiel und Sport verdiene wärmste Anerkennung.

Diese ganze Sportdebatte hatte sich im Anschluß an die Position „Uhrmacherschule in Furtwangen" entwickelt, was Präsident **Wittemann** unter Heiterkeit feststellt. Um aber den Faden nicht abzuschneiden, erhielt noch

Abg. **Wilser** (D. Vp.) das Wort, der über die erfolgreiche Arbeit der Turn- und Sportvereine sprach, die alle Unterstützung besonders auch finanzielle, verdienen. Gegen Auswüchse müsse mit rücksichtsloser Schärfe vorgegangen werden, ebenso gegen das verkappte Berufsspielertum. Das kürzliche Länderwettspiel in Frankfurt sei zu begrüßen und lasse erwarten, daß auch das feindliche Ausland bald nichts Beschämendes mehr darin finden werde, sich sportlich mit Deutschland zu messen. Das Wandern gebe Gelegenheit zum wertvollen Anschauungsunterricht.

Auch Abg. **Mayer**-Karlsruhe (D.-Natl.) geißelte die sportlichen Auswüchse. Bezeichnend sei der ungeheure Andrang des Publikums, wenn es z. B. gilt, einen Preisboxer am Bahnhof abzuholen. Ein gesunder Sport soll nicht des geistigen Inhalts entbehren.

Abg. **Amann** (Zentr.): Wir sind für Sport und Spiel. Aber unter keinen Umständen dürfen Schule und Beruf unter Übertreibungen leiden.

Zur Uhrmacherschule zurückkehrend setzte sich Abg. **Rüger** (Zentr.) nochmals für die Zeichenlehrer ein. Es handle sich um eine Ehrenrettung gegenüber dem unglücklichen Schiedsspruch von Leipzig.

Bei den gewerblichen Fortbildungsschulen trat Abg. **Hofheinz** (Dem.) für höhere Zuschüsse zu den Lehrerkursen ein.

Lebhafte Auseinandersetzungen knüpften sich an Titel IV, **Volksschulen.**

Abg. **Dörr** (Landbund) fordert Erteilung des Religionsunterrichts bis zum 17. Lebensjahre und tritt für Beibehaltung der Hirtenschulen ein, die auf dem hohen Schwarzwald unentbehrlich seien. Im neuen Fortbildungsschulgesetz möge auf die Landwirtschaft tunlichst Rücksicht genommen und die Unterrichtszeit auf den Winter verlegt werden.

Abg. D. **Mayer-Karlsruhe** (D. Natl.) stellt fest, daß der Landbund seinen ursprünglich schroff ablehnenden Standpunkt

zur Erweiterung des Fortbildungsschulwesens doch gemaßregelt hat. Die Regierung möge die Vorlage der Denkschrift über die Lehrerbildung beschleunigen. Die Lehrer müssen sich auch künftig in der Regel die Befähigung zum Religionsunterricht erwerben. Wir sind Freunde der Simultanschule; würde sie aber gefährdet, so müßten wir die Konfessionsschule stärker betonen.

Abg. **Klaiber** (Landbund) schließt sich den Erklärungen von Zentrums- und Deutschnationaler Seite zur Lehrerbildungsfrage an.

Abg. **Seubert** (Zentr.) unterstützt die Wünsche vom Lande. Er frägt, wie sich der Landbund zur Bekenntnisschule stelle.

Abg. **Hofheinz** (Dem.) meint, man solle nicht zu viel Kautelen fordern (Zurufe im Zentrum). In Baden habe man den Religionsunterricht noch nie gefährdet gesehen.

Abg. **von Au** (Landbund): Wir stehen auf dem Boden der bewährten Simultanschule.

Abg. **Schrank** (Landbund): Würde die Religion gefährdet, so wären wir für die Bekenntnisschule zu haben.

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.): Die Bemerkungen des Abg. Hofheinz beweisen, wie berechtigt die Sorge um die Erhaltung des christlichen Charakters der Volksschule ist. Ich möchte darum unserer Erklärung hinzufügen, daß wir selbst vor einer Volksabstimmung nicht zurückscheuen würden. Mit den Kautelen von 1876 ist man schon bis an die äußerste Grenze gegangen. Zum Abg. Dörr bemerkt Redner: Wir sind der Landwirtschaft bereits in weitem Maße entgegengekommen und werden es auch weiter tun. Aber auch die Landwirte müssen Sinn und Verständnis für die Dinge haben, die notwendig sind, nämlich für einen guten Schulsack. Darum lassen Sie (zum Landbund) die Agitation gegen das Fortbildungsschulgesetz.

Die weitere Beratung brachte eine Reihe von Anregungen zum Fortbildungs- und Handarbeitsunterricht, ferner Wünsche zugunsten der Mannheimer Handelshochschule und einen Hinweis auf die Notlage der Chemiestudenten, die sich über die Aufhebung der Steuerfreiheit für Chemikalien zu Laboratoriumszwecken beklagen. Eine bezügliche Eingabe wird der Ausschuß zu prüfen haben. Im übrigen wurde der Voranschlag ohne Debatte gutgeheißen. Auch die sämtlichen Ausschußanträge fanden fast durchweg einstimmige Annahme. Der Präsident behält sich vor, die nächste Sitzung nach Bedarf anzuberaumen.

Schluß: ½2 Uhr.

## Der Einfluß des Kriegs auf die Gesundheit der Frau.

In zahlreichen Untersuchungen von Ärzten ist in den letzten Jahren die schädliche Einwirkung des Kriegs und der Hungerblockade auf unsere Jugend dargestellt worden, und zahlreiche Gemeinden, Vereine und die Quäkergesellschaft sind bestrebt, unserer heranwachsenden Jugend eine kräftige Nahrung zukommen zu lassen, um dadurch die ungünstigen Wirkungen des Weltkriegs langsam zu beseitigen. Leider hat es aber bisher an Untersuchungen darüber, in welchem Umfang die Gesundheit der **Frau** unter dem Krieg gelitten hat, gefehlt. Um so dankbarer wird man daher das Vorgehen des Badischen Statistischen Landesamts begrüßen, das in der soeben erschienenen Nr. 4 der „Statistischen Mitteilungen aus dem Land Baden" auf Grund einer Statistik sämtlicher Krankenhäuser unseres Landes untersucht, ob die Erkrankungen des weiblichen Geschlechts in den letzten Jahren zu- oder abgenommen haben. Erfreulich ist das Bild, das der Leser dieser statistischen Abhandlung gewinnt, nicht. Die Zahl der weiblichen Personen, die im Jahr 1920 genötigt waren, ein Krankenhaus aufzusuchen, um sich dort unter ärztlicher Leitung verpflegen zu lassen, hat gegenüber dem Vorkriegsjahr 1913 um rund 33 Prozent zugenommen. Die größte Zunahme entfällt auf die Erkrankungen der Verdauungsorgane, deren Zahl von rund 8000 im Jahre 1913 auf über 11 000 im Jahre 1920 gestiegen ist. Besonders stark war die Zunahme der akuten Magen- und Darmkatarrh-, der Brüche- und Lebererkrankungen. Wegen Tuberkulose mußten im Jahre 1920 fast 7000 Personen weiblichen Geschlechts in eine Krankenanstalt aufgenommen werden, rund 9 Prozent mehr als im Jahre 1913. Wegen Erkrankung des Nervensystems wurden im Jahre 1920 insgesamt 3600 weibliche Personen in Krankenanstalten behandelt. Sehr stark war die Zunahme der Erkrankungen an Krebs und an gutartigen Neubildungen oder Geschwülsten. Auffallenderweise weisen auch die Augenerkrankungen bei den Frauen in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme auf; wegen weiterer Einzelheiten sei auf das Studium der Nr. 4 der Statistischen Mitteilungen selbst verwiesen.

## Verleihung von Stipendien.

Das soeben erschienene Amtsblatt Nr. 19 des Ministeriums des Kultus und Unterrichts enthält eine Bekanntmachung über die Verleihung von Stipendien, welche für die Zeit vom 1. April 1922 bis 1. April 1923 zu vergeben sind. Es sei auch hier auf diese Bekanntmachung, aus der die verschiedenen Bedingungen der einzelnen Stiftungen zu ersehen sind, hingewiesen.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. **Finanzbeamtenversammlung.** Am Sonntag, den 14. Mai d. J. vormittags 10 Uhr, findet die Hauptversammlung des Verbandes der Finanzbeamtenvereine Badens im Bundeshause Nowack in Karlsruhe statt. Am vorhergehenden Samstag halten die dem Verband angeschlossenen Vereine und zwar der Bezirksverband Baden des Bundes Deutscher Reichssteuerbeamten, er Bezirksverband Baden des Bundes Deutscher Technischer Zollbeamten und der Verein badischer Finanzbeamten getrennt ihre diesjährige Hauptversammlung ab.

DZ. **Pforzheim**, 12. Mai. Der seit November v. J. hier tätige Redakteur **Kurt Kauffmann** ist dieser Tage plötzlich gestorben. Kauffmann war vorher drei Jahre am „Offenburger Tageblatt als Redakteur tätig.

DZ. **Offenburg**, 12. Mai. Der vor einigen Wochen **verschwundene 12jährige Sohn** des Landwirts **Graff ist wieder aufgefunden** worden. Man fand ihn auf einem **Bauernhof** in Steinach. Das Bürschchen hatte im Dorfe unter der Vorspiegelung, sein Vater brauche einen Restbetrag für den Ankauf einer Kuh, Geld geliehen. In Wirklichkeit wollte er von einem Schäfer zwei junge Schafe kaufen. **Aus Furcht vor Strafe** entfernte er sich von dem elterlichen Hause, um seine Angehörigen mehrere Wochen in der größten Sorge zu lassen.

## Aus der Landeshauptstadt.

**Badische Lichtspiele.** Man schreibt uns: Wer von dem hohen Werte unterrichtlicher Filme noch nicht überzeugt ist, sollte sich die Laufbilder ansehen, welche augenblicklich im Konzerthaus den verschiedenen Klassen vieler hiesigen Schulen vorgeführt werden. Nicht nur die außergewöhnliche Klarheit und bewundernswürdige Geschicklichkeit der Aufnahmen, sondern auch Inhalt und pädagogischer Aufbau der gezeigten Bilder verleihen ihnen besonderen Wert. Es sind prächtige Szenen aus dem Leben aussterbender Tiere von Krieg und Frieden im Reiche der Reptilien und Fische, interessante geographische Bilder und endlich fesselnde Darstellungen aus den Übungen einer modernen Großstadtfeuerwehr. Diese letztere haben besonders das Interesse der Knaben erregt. Die Mehrzahl dieser Film kommen übrigens auch für die Öffentlichkeit heute Samstag nachmittag und abend nochmals zur Vorführung.

In der kommenden Woche steht der rühmlichst bekannte Laufstreifen „Im Kampf mit dem Berge" auf dem Spielplan. Mit dieser Schöpfung hat die Berg- und Sportfilm-Gesellschaft Freiburg ihrem ja auch hier wohl bekannten Schneeschuhfilm ein würdiges Seitenstück geschaffen, ja ihn in mancher Art vielleicht noch übertroffen. Es sind Bilder von unwiderstehlicher Eindrucksstärke, einzigartiger Wucht und majestätischer Erhabenheit von 180 aus aller Welt neuestens für die Mailänder internationaler Filmkonkurrenz eingesandten Bildstreifen, wurden 15 für die engere Wahl ausgesucht, darunter „Im Kampf mit dem Berge", das besagt genug. Erläuternde Vorträge von den besten unserer hiesigen Hochtouristen, die die feierliche Stille jener Gefilde des ewigen Eises aus eigener Anschauung genau kennen, werden den Vorführungen besonderen Wert verleihen.

# Gemeindepolit. Rundschau.

**Vorstandssitzung des deutschen Städtetags.**

Aus Aachen wird vom 12. gemeldet: Die Mitglieder des Vorstandes des deutschen Städtetages traten, soweit sie in Aachen eingetroffen sind, heute nachmittag im Sitzungssaale des Rathauses zu geschäftlichen Beratungen zusammen. In der Frage des **Besoldungszuschusses von Reich und Staat an die Gemeinden** sandte der Vorstand des deutschen Städtetages an den **Reichsfinanzminister** ein **Telegramm** folgenden Inhalts: Der Vorstand des deutschen Städtetages spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die zur Milderung **der kommunalen Finanznot** der Gemeinden in Würzburg gefaßten Beschlüsse voll durchgeführt werden, nachdem die beschlossenen Besoldungszuschüsse unter allen Umständen auch für die neuen Besoldungserhöhungen gewährt werden sollen.

# Staatsanzeiger.

Praktischer Arzt Dr. Friedrich **Bauer** in Eppingen hat sich der Prüfung für Staatsärzte unterworfen und ist für bestanden erklärt worden.

Karlsruhe, den 8. Mai 1922.

**Ministerium des Innern.**
Der Ministerialdirektor:
J. A. Arnsperger. Zeller.


Sonntag, den 14. Mai.

**Landestheater.** 6½—9½ Uhr. 50 Mk. Neu einstudiert: **Die schöne Helena.**

**Konzerthaus.** 6½—9 Uhr. 21 Mk. **Minna v. Barnhelm.**

**Konzerthaus.**

**Badische Lichtspiele** N.267

**jeweils 6 Uhr nachm. und ½9 Uhr abends ab Montag, den 15. bis einschl. Mittwoch, den 17. Mai 1922:**

**Im Kampf mit dem Berge.**

1. Teil:

**In Sturm und Eis.**

**Verkaufsstellen wie bekannt,** s. Plakatsäule.

Soeben erschien:

**Die Badische Landeswetterwarte Karlsruhe**

**Ihre Einrichtungen und Arbeiten**

Von

**Dr. Albert Peppler,** Direktor der Landeswetterwarte, a. o. Professor an der Technischen Hochschule.

Mit 22 Figuren im Text, 2 Tabellen und 1 Karte im Anhang.

Preis 50 Mk.

Das Werk wendet sich in allgemeinverständlicher Darstellung besonders an Laienkreise. Denn bei der steigenden wissenschaftlichen und praktischen Bedeutung der Witterungskunde ist es notwendig, das Interesse weiterer Volkskreise für die Landeswetterwarte, ihre Einrichtungen und ihre Tätigkeit zu wecken und zu fördern. Wir erfahren hier Näheres über das Instrumentarium und den Beobachtungsdienst, das Beobachtungsnetz und die Arbeiten der Beobachter, über Funkenwettertelegraphie, Wettervorhersage und ihre Verbreitung, Frostwarnungsdienst, Schneeberichte, Sturmwarnung, Auskünfte, Gutachten usw. usw. Eine Reihe Abbildungen schmücken das schön ausgestattete Werk, zwei Klimatafeln und eine Wetterberichtstabelle sind beigegeben.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom

**Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 14**

**Dresdner Bank**

Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-:

Niederlassungen in Baden:

**Mannheim :: Heidelberg**
**Freiburg i. B. :: Konstanz**

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:

K. 959

**Arterien-Verkalkung**

**Gicht/Gelenkrheumatismus/Steinleiden ist heilbar.** A.19 Prospekte gratis.

**Bio-Chemie-Compagnie, Essen.**


## Einladung

zur

**Landesversammlung des Bad. Landesverbandes für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge**

auf **Samstag, den 27. Mai 1922, vormittags ½11 Uhr,** in der Bad. Landesanstalt für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge (Kinderkrankenhaus) in Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 1. A.263

Hauptgegenstand der Tagesordnung:
**Zum Ausbau der ländlichen Fürsorge.**
Vortragende: Prof. Dr. Klumker (Frankfurt), Fürsorgerin Frl. E. Ruppenthal, Pforzheim.

## Bürgermeister-Stelle.

Die **Berufs-Bürgermeister-Stelle** der **Gemeinde Friedrichsfeld** Amt Schwetzingen — Industriegemeinde mit über 4000 Einwohnern, Ortsklasse B — ist zu besetzen, da die Amtszeit des kommissarischen Berufs-Bürgermeisters demnächst abläuft. Geeignete Bewerber wollen ihr Gesuch unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens **15. Juni ds. Js.** an den Gemeinderat einreichen. A.266

Friedrichsfeld, den 10. Mai 1922.

**Der Gemeinderat:**
Becherer. Zimmermann.

## Erste Liquidationsbilanz auf 6. Mai 1922.

| | Aktiva. | Passiva. |
|---|---|---|
| Bankguthaben . . . . | 103712.78 | |
| Guthaben der Genossen | | 107585.— |
| Verlust . . . . . | 3872.22 | |
| | 107585.— | 107585.— |

Karlsruhe, den 6. Mai 1922.

**Gemeinnützige Hypotheken-Sicherungs-Genossenschaft e. G. m. b. H., Karlsruhe in Liqu.**

Frey. Bastel. Diemer.


**Charakter-deutung**

(20 Zeilen in Tinte geschr.) Mark 6.60 K.568b

**Grapholog. Institut**
**K. H. Ritter**
Karlsruhe, Körnerstraße 30

**Metallbetten**

Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)


**Öffentliche Zustellung einer Klage.**

N.357.2.1. **Donaueschingen.** Die minderjährige Jenny Stefanie Keller in Furtwangen, vertreten durch den Vormund Blasius Martin, Schriftsetzer von da klagt gegen den Kunsteisfabrikanten Gottlieb Wintermantel zuletzt in Bräunlingen wohnhaft jetzt unbekannten Aufenthalts in Amerika, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte der Vater der Klägerin sei, mit dem Antrage auf Zahlung einer im voraus zu entrichtenden Unterhaltsrente von vierteljährlich 900 Mark von der Geburt der Klägerin bis zur Vollendung ihres 16. Lebensjahres.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Donaueschingen auf **Dienstag den 11. Juli 1922, vorm. 10 Uhr,** geladen.

Donaueschingen, 9. Mai 1922.

**Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

N.334.2.2 **Karlsruhe.** Die Händler und Schausteller **Heinrich Sturm** Ehefrau, **Marie geborene Kury** in Karlsruhe, Douglasstraße Nr. 22 bei Weinsteig, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Felix Bytinski in Karlsruhe, klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher in Karlsruhe, Schützenstr. Nr. 4 IV, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, auf Grund des § 1568 B.G.B. mit dem Antrage auf Scheidung der am 24. Juli 1918 in Goslar geschlossenen Ehe der Streitteile aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf **Mittwoch, den 20. September 1922, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalte als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 10. Mai 1922.
**Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.**

**Konkursverfahren.**

N.356. **Konstanz.** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Margaretha Bähr,** Korbwarenfabrik und Versandgeschäft in Konstanz ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf: **Freitag den 2. Juni 1922, vorm. 9 Uhr,** vor dem Amtsgericht Konstanz.

Konstanz, 10. Mai 1922.
**Bad. Amtsgericht 1.**

Für die Erstellung eines weiteren 6-Familienwohngebäudes in Kehl-Hafen, auf dem Hochwasserdamm, Haus Nr. 3, sind die Rohbauarbeiten wie: Grab-, Beton- und Maurerarbeiten, Zimmer-, Steinhauer- (Sand- oder Kunststein), Schmiede-, Blechner- und Dachdeckerarbeiten (naturfarbiges Biberschwanzdoppeldach) öffentlich zu vergeben. Zeichnungen, Bedingnisheft und Arbeitsbeschriebe liegen auf unserem Hochbaudienstzimmer Nr. 10, zur Einsicht auf, daselbst auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Angebote mit Preisaufteilung nach aufliegendem Muster sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, postfrei bis spätestens **Dienstag, den 23. Mai dieses Jahres, nachmittags 2½ Uhr,** bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. N.239.2.1

Kehl, 4. Mai 1922.
**Bahnbauinspektion.**

**Bekanntmachung.**

Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. März 1922 ist unsere Genossenschaft in Liquidation getreten. Die Liquidation ist unterm 6. Mai 1922 in das Genossenschaftsregister eingetragen. Zu Liquidatoren sind die bisherigen Vorstandsmitglieder bestellt worden. N.350

Etwaige Gläubiger unserer Genossenschaft werden hiermit aufgefordert, sich bei unserer Geschäftsstelle in Karlsruhe, Waldstr. 1 (Fil. der Rhein. Creditbank) zu melden.

Karlsruhe, 6. Mai 1922.
**Gemeinnützige Hypotheken-Sicherungs-Genossenschaft e. G. m. b. H. Karlsruhe in Liqu.**
Frey. Bastel. Diemer.

## Büro-Gehilfe gesucht

gewandt in Handschrift u. Maschinenschreiben, erfahr. in gemeindedienstlich. Büroarbeiten. Selbstgeschriebene Angebote mit Personalangaben, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen sofort zu richten an

**Bürgermeisteramt Waldkirch.**